

13.07.1930

Mulay 3

verfaßt/geschr. von
Hausanschluß:

VLR I Dr. Kaestner, 2214/Schrittz

TELKO-Nr.

Betreff:

Schreiben BK/HIP Mazowiecki

Geschäftszeichen:

FM-Zentrum
VS-Tgb. Nr.

VS-Vermerk (Stempel)

System-Nr./-Datum:

Klassifikation:

V
verschlüsselt

Empfänger-Kreis:

Einzel

Nr.:

getönte Felder
nicht
beschreiben

Botschaft Warschau citissina nachts

Betr.: Deutsch-polnischer Grenzvertrag
- enthält Weisung -

Botschafter wird gebeten, das nachstehende Schreiben des Bundeskanzlers - mit dort zu fertigender Höflichkeitsübersetzung - umgehend dem Empfänger oder, falls dieser nicht erreichbar, dem Minister im Amt des Ministerpräsidenten zu übermitteln. Drahtbericht erbeten.

Reiche

folgt Anlage

"Seiner Exzellenz
dem Ministerpräsidenten
der Republik Polen
Herrn Tadeusz Mazowiecki
W a r s c h a u

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
ich nehme Bezug auf unser jüngstes Gespräch in Budapest, in dem wir unser Einvernehmen bekräftigt haben, daß der Verlauf der Grenze zwischen dem vereinten Deutschland und der Republik Polen durch einen völkerrechtlichen Vertrag endgültig bekräftigt wird.

Grundlage eines solchen Vertrages bleiben die gleichlautenden Resolutionen, die der Deutsche Bundestag und Bundesrat sowie die

DRAHTERLASS

folgt Seite 2

* Gebühren:

Namenzug oder Paraphe:

lee 13/17

VS-Vermerk (Stempel)

(s. bes. Aufstellung)

Mitzeichnungen vor Abgang:

V 4000

Z

Datum: 13.07.1990

Geschäftszeichen:

FM-Zentrum
VS-Tgb. Nr.

VS-Vermerk (Stempel)

Seite und
Klassifikation:

- 2 - verschlüsselt

getönte Felder
nicht
beschreiben

Volkskammer der DDR dazu am 21. und 22. Juni 1990 verabschiedet haben. Wie Sie wissen, haben sich beide deutsche Regierungen diese Resolutionen in vollen Umfang zu eigen gemacht und dies Ihrer Regierung offiziell mitgeteilt.

Ich kann nicht verhehlen, daß ich über die Reaktion, die diese Mitteilung seitens Ihrer Regierung gefunden hat, enttäuscht bin. Ursprünglich bin ich davon ausgegangen - und ich habe Ihnen das auch in unserem Gespräch erläutert - daß es jetzt möglich sein sollte, einen umfassenden Vertrag zu schließen, wie ich es in meiner Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag am 21. Juni 1990 ausgeführt habe:

"Ich wünsche mir, daß bei uns in Deutschland und in Polen schon bald die Voraussetzungen geschaffen werden, die Zukunft eines deutsch-polnischen Miteinanders im vereinten Europa in einem umfassenden Vertrag über gutnachbarschaftliche und freundschaftliche Beziehungen besiegeln zu können."

Da ich nach Ihrer offiziellen Antwort davon ausgehen muß, daß das Ihren jetzigen Überlegungen nicht entspricht, schlage ich folgendes weitere Verfahren vor:

Nach Auffassung der Bundesregierung sollte sich der erste zwischen dem vereinten Deutschland und der Republik Polen abzuschließende Vertrag auf die Grenzfrage beschränken. Die Resolutionen der beiden deutschen Parlamente sind so abgefaßt, daß ihre operativen Absätze unverändert in den Grenzvertrag übernommen werden könnten.

Sie, Herr Ministerpräsident, können davon ausgehen, daß die Regierung des vereinten Deutschlands bereit sein wird, binnen drei

folgt Seite

- 3 -

Namenszug oder Paraphe:

le 13/7

VS-Vermerk (Stempel)

Mitzeichnungen vor Abgang:

PA AA, B 4, Bd. 138530

Z
T

Datum: 13.07.1990

Geschäftszeichen:

FM-Zentrum
VS-Tgb. Nr.

VS-Vermerk (Stempel)

Seite und
Klassifikation:

- 3 - verschlüsselt

getönte Felder
nicht
beschreiben

monaten nach dem Zusammentreten des gesamtdeutschen Parlaments Ihrer Regierung einen Vertragsentwurf auf der Grundlage der oben genannten Resolutionen zu übermitteln. Die Bundesregierung ist bereit, im Rahmen der bevorstehenden "Zwei-plus-Vier"-Gespräche auf Ministerebene (Paris am 17. Juli 1990) eine derartige Absichtserklärung auch in den "Zwei-plus-Vier"-Prozeß einzuführen.

Ein solches Vorgehen würde es ermöglichen, den Grenzvertrag innerhalb kürzester Zeit nach der Vereinigung zu unterzeichnen und dem gesamtdeutschen Parlament zur Ratifikation zuzuleiten.

In diesem Zusammenhang möchte ich mit allem Nachdruck betonen, daß es Ziel der Bundesregierung ist, daß beim Zeitpunkt der Vereinigung der gesamtdeutsche Staat seine volle Souveränität erhält. Eine Verbindung dieser Frage mit dem Inkrafttreten des deutsch-polnischen Grenzvertrages ist für uns deshalb nicht annehmbar.

Ich würde es, Herr Ministerpräsident, sehr begrüßen, wenn die polnische Delegation bei den bevorstehenden "Zwei-plus-Vier"-Gesprächen auf Ebene der Außenminister die Haltung Ihrer Regierung zum vorstehenden Vorschlag übermitteln könnte.

Mit freundlichen Grüßen

Helmut Kohl

Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland"

#####

DRAHTERLASS

folgt Seite

Namenszug oder Parapher

Helmut Kohl 73/12.

VS-Vermerk (Stempel)

Mitzeichnungen vor Abgang:

PA AA, B 4, Bd. 138530

Z
T